

# ***Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg***

Wassergasse 12

78333 Stockach

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

6. Januar 2014

## **Pressemitteilung**

### **Gesetz zur regionalen Schulentwicklung und neue Bildungspläne – 2014 ist ein Jahr wichtiger bildungspolitischer Weichenstellungen**

### **Bürger des Landes müssen auf die Entwicklung Einfluss nehmen und dabei das nachhaltige Wohl der Kinder und das Gemeinwohl im Auge haben**

Im Jahr 2014 steht Baden-Württemberg vor wichtigen bildungspolitischen Weichenstellungen. Der Gesetzentwurf zur regionalen Schulentwicklung wurde im Dezember 2013 zur Anhörung freigegeben und soll im Frühjahr 2014 beschlossen werden. Die neuen Bildungspläne für die allgemeinbildenden Schulen des Landes stehen mitten in der Anhörungs- und auch schon Erprobungsphase.

Mit dem Gesetz zur regionalen Schulentwicklung soll der Rahmen dafür abgesteckt werden, wo es in Baden-Württemberg in Zukunft Schulstandorte geben soll und welche Schularten dabei vor Ort vertreten sein sollen. Die Landesregierung hat eindeutig erklärt, dass sie große Schulen bevorzugt und Schulstandorte mit kleineren Schulen aufgeben, also zentralisieren will. Zudem will sie ein «Zwei-Säulen-Modell» mit Gymnasium und nur noch Gemeinschaftsschule durchsetzen.

Am 10. Dezember 2013 hat der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag zu diesem «Zwei-Säulen-Modell» Stellung genommen und betont: «In Anbetracht der herausragenden Leistungen der Realschule beurteilen die IHKs die Aussage von Ministerpräsident *Kretschmann*, wonach die Gemeinschaftsschule für die zweite Säule stehe, äußerst kritisch.»

Landeshandwerkspräsident *Joachim Möhrle* beklagte am selben Tag, dass die Kommunen in einen Wettbewerb um den Erhalt der Schulstandorte getrieben worden seien und sich mit Anträgen auf die Errichtung von Gemeinschaftsschulen gegeneinander ausspielen; denn diese Schulart wird von der Landesregierung, die über die Schulstandorte entscheidet, eindeutig bevorzugt. Er forderte, die Entscheidung über die künftigen Standorte weiterführender Schulen von der Entscheidung über die Art der Schule abzukoppeln.

Wir rufen deshalb die beteiligten Schulträger dazu auf, sich nicht weiterhin wie in den vergangenen 30 Monaten von der Landesregierung unter Druck setzen zu lassen, Gemeinschaftsschulen als einzigen Weg zur Rettung eines Schulstandortes einzurichten.

Das nachhaltige Wohl unserer Kinder und das Gemeinwohl müssen an erster Stelle stehen, wenn es um die Wahl der Schularten für eine Gemeinde geht. Eine Schulart, die ihre Lehrer zu Lernbegleitern degradiert, das gemeinsame Lernen im Klassenverband auflöst und Schüler und Lehrer auf das sogenannte selbstgesteuerte Lernen verpflichtet, ist hingegen sehr fragwürdig.

In seinem neuen Buch, «SOS Kinderseele. Was die emotionale und soziale Entwicklung unserer Kinder gefährdet und was wir dagegen tun können», hat der bekannte Kinder- und Jugendpsychotherapeut *Michael Winterhoff* auf die für die Persönlichkeitsentwicklung negativen Folgen von «offenen» Unterrichtsmethoden hingewiesen, bei denen die Lehrer-Schüler-Beziehung reduziert wird und Kinder immer mehr sich selbst überlassen bleiben.

Mit der Veröffentlichung der Hattie-Studie in deutscher Sprache («Lernen sichtbar machen») hat auch in Deutschland eine breitere Diskussion darüber begonnen, was wirklich zu einem erfolgreichen Unterricht beiträgt. Die alltägliche Erfahrung vor Ort hat nun auch in der empirischen Bildungsforschung eine Bestätigung gefunden: Schüler brauchen engagierte Lehrer, die während des Unterrichts in Beziehung zu ihren Schülern stehen und den Unterricht strukturiert gestalten.

Selbst in der Politik zeigen sich erste Signale eines Umdenkens. Im Nachbarland Schweiz und dem dortigen Kanton Aargau hat sich der zuständige Erziehungsdirektor (vergleichbar mit dem Kultusminister) zum Jahresende an alle Lehrer gewandt und ihnen geschrieben: «Sie als Lehrerin oder Lehrer, Schulleiterin oder Schulleiter haben die größte Wirkung auf das erfolgreiche Lernen Ihrer Schülerinnen und Schüler. Dies hat die Hattie-Studie auf eindruckliche Weise einmal mehr bestätigt. Es ist der Unterricht, auf den es in erster Linie ankommt. Der australische Bildungsforscher *John Hattie* bescheinigt, dass die aktiv geführte Instruktion durch die Lehrperson zu sehr positiven Lernergebnissen führt.»

Aber anstatt diese Hinweise ernst zu nehmen, drängt die Landesregierung im Rahmen ihrer Doppelstrategie von äußerer und innerer Schulreform auch allen anderen Schularten – also nicht nur der Gemeinschaftsschule – unter der Überschrift «Individualisierung» die «neue Lernkultur» des «selbstgesteuerten Lernens» und die allmähliche Auflösung des Klassenunterrichts auf.

### **Neue Bildungspläne sind kritisch zu überprüfen**

Auch die Arbeiten der Landesregierung an den neuen Bildungsplänen sind gründlich zu überprüfen. Mit der Forderung nach horizontaler **Durchlässigkeit zwischen den Schularten in allen Klassenstufen** folgt die Landesregierung ihrer Idee eines integrierten Schulsystems. Die «Eigenart» der verschiedenen Schularten – hier im positiven Sinne gemeint – soll eingebnet werden. Stattdessen entsteht eine «Schularthierarchie» mit dem Gymnasialabschluss an der Spitze.

Die Landesregierung hat sich offenbar vorgenommen, die **Kompetenzorientierung** der Bildungspläne aus dem Jahr 2004 zu radikalisieren. Niemand hat etwas dagegen, dass junge Menschen «kompetent» werden. Aber das, was heute Kompetenzorientierung des Unterrichts genannt wird, ist das Ergebnis des ökonomistischen Denkens in der Bildungspolitik und hat mit der PISA-Ideologie auch in Deutschland Einzug gehalten. Sie ist ein Angriff auf das, was Pädagogik und Bildung eigentlich ausmacht: die Heranbildung eines mündigen Bürgers, der sich seiner Verantwortung für sich und das Gemeinwohl bewusst ist.

Die Kritik an einer ökonomistisch ausgerichteten Bildungspolitik ist mittlerweile öffentlich geworden und prominent vertreten. Auf der Internetseite der «Gesellschaft für Bildung und Wissen» (GBW) ([www.bildung-wissen.eu](http://www.bildung-wissen.eu)) findet sich Material in Hülle und Fülle. Buchveröffentlichungen wie das schon 2007 erschienene von *Jochen Krautz*, «Wa(h)re Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie» sind Wegmarken. Diese kritischen Stimmen werden von der deutschen Bildungspolitik bislang aber weitgehend ignoriert. Der Debatte hierüber wird ausgewichen. Dies ist ein bildungspolitischer Skandal. Leidtragende sind unsere Kinder. Künftige gesellschaftliche Entwicklungschancen werden so vertan.

«Bildungsplanreform 2015 – Beteiligung groß geschrieben» hat die Landesregierung öffentlich verkündet. Die Bürger des Landes müssen diese Ankündigung beim Wort nehmen. Die Entwürfe für die neuen Bildungspläne müssen gründlich studiert und analysiert werden. Wo nötig müssen Alternativen formuliert werden.

Die Landesregierung will die erste Runde der Beteiligung bis zum Frühjahr 2014 abgeschlossen haben, eine weitere Runde ist für die Zeit nach der Vorlage der fertigen Bildungsplanentwürfe ab September 2014 geplant. Bisher sind die Bürger des Landes selbst aber kaum beteiligt. Sie sind deshalb gut beraten, diese «Anhörungen» nicht alleine den sogenannten Experten zu überlassen. Die Bildung unserer Kinder geht alle Bürger etwas an.

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» wird die Vorgaben für die neuen Bildungspläne und dann auch die im Sommer vorliegenden fertigen Entwürfe bis dahin gründlich studieren und analysieren und dafür sorgen, dass sich die Bürger des Landes umfassend informieren können.